

INFORMATION NACH ART. 13 UND 14 DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG (DS-GVO)

1. Bezeichnung des Verarbeitungsvorgangs:

Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII):

- Hilfe zum Lebensunterhalt
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
- Hilfen zur Gesundheit
- Hilfe zur Pflege
- Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten
- Hilfe in anderen Lebenslagen

2. Kontaktdaten Verantwortlicher:

Kreisverwaltung Mayen-Koblenz
Abteilung 5.2 - Soziales
Bahnhofstr. 9
56068 Koblenz
Telefon: 0261 / 108-0
E-Mail: info@kvmyk.de

3. Kontaktdaten Datenschutzbeauftragte:

Kreisverwaltung Mayen-Koblenz
Datenschutzbeauftragte
Bahnhofstr. 9
Telefon: 0261 / 108-556
E-Mail: datenschutz@kvmyk.de

4. Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten:

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist erforderlich, um über Ihren Antrag auf Leistungen nach dem SGB XII zu entscheiden und evtl. zustehende Leistungen auszahlen zu können. Zudem werden personenbezogene Daten zu Statistikzwecken anonymisiert verarbeitet.

5. Rechtsgrundlage(n) der Verarbeitung personenbezogener Daten:

Die Befugnis zur Verarbeitung Ihrer Daten ergibt sich aus den folgenden Rechtsgrundlagen: Art. 6 Abs. 1 lit. e) DS-GVO, SGB I, insbesondere §§ 35, 37, 60 SGB I, SGB X, insbesondere §§ 67 ff SGB X, SGB XII, insbesondere §§ 27 ff, 46, 117 und 118 SGB XII, Bundeskindergeldgesetz, Landesdatenschutzgesetz sowie -falls vorhanden- Ihrer Einwilligungserklärung gem. Art. 6 Abs. 1 lit a) DS-GVO.

6. Betroffene Personen:

- Antragsteller
- Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft und /oder Haushaltsgemeinschaft
- unterhaltspflichtige Personen
- Pflegeperson
- Betreuer und Bevollmächtigte

7. Betroffene Daten/Datenkategorien:

Verarbeitet werden alle antragsrelevanten Daten, die zur Aufgabenerfüllung erforderlich sind. Unter anderem verarbeiten wir folgende personenbezogene Daten:

- Persönliche Angaben (zum Beispiel Vor- und Nachname, Adresse, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Telefonnummer, Angaben zu Personen, die in Bedarfs- bzw. Haushaltsgemeinschaften leben, Wohnverhältnisse, Sozialversicherungsdaten)
- Daten über Ihre finanzielle Situation
- Soziodemografische Angaben (zum Beispiel Familienstand und Familiensituation, Geschlecht)
- Daten über eine evtl. Pflegebedürftigkeit sowie mögliche Unterstützungsbedarfe
- Daten von möglichen privatrechtlich Verpflichteten
- Besondere Kategorien personenbezogener Daten (bekannt als „Sensible Daten“ zum Beispiel religiöse Zugehörigkeit oder Gesundheitsdaten) erheben wir ausschließlich, wenn dies unbedingt notwendig ist.

Wir erheben Ihre personenbezogenen Daten, wenn Sie als Antragsteller mit uns in Kontakt treten, zum Beispiel Anträge oder sonstige Mitteilungen einreichen oder sich per E-Mail oder Telefon an uns wenden. Ergänzend verarbeiten wir – soweit erforderlich – personenbezogene Daten, die wir von anderen öffentlichen Stellen, anderen Sozialleistungsträgern oder von sonstigen Dritten zulässigerweise erhalten haben (zum Beispiel aufgrund einer von Ihnen erteilten Einwilligung oder auf gesetzlicher Grundlage).

8. Empfänger der Daten bzw. Kategorien von Empfängern (auch Auftragsverarbeitung):

Wir übermitteln einzelne personenbezogene Daten nur, soweit dies erforderlich ist, um gesetzliche Aufgaben zu erfüllen oder wenn Sie damit einverstanden sind. Personenbezogene Daten können dazu gemäß §§ 67 ff. SGB X an Dritte übermittelt werden, z. B. an

- andere Sozialleistungsträger i. S. d. § 35 SGB I
- Landesamt für Jugend, Soziales und Versorgung Rheinland-Pfalz, Rheinallee 97-101, 55118 Mainz
- Rechnungshof Rheinland Pfalz, Gerhard-Hauptmann-Str. 4, 67346 Speyer
- Banken
- Leistungserbringer
- andere Behörden
- Gutachter
- Ärzte
- Therapeuten
- Ausländerbehörde
- Ordnungsbehörde

- Justiz- und Finanzbehörden
- Beratungsstellen
- Versicherungen
- entsprechende Stellen in anderen EU-Ländern.

9. Übermittlung an Drittland:

Soweit ein grenzüberschreitendes Sozialleistungsverhältnis innerhalb der Europäischen Union / Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft / Schweiz vorliegt, ist jedoch eine Übermittlung an die jeweiligen Kontaktstellen des Landes zur Abstimmung vorgeschrieben.

10. Dauer der Speicherung:

Die personenbezogenen Daten werden längstens bis zu zehn Jahren nach Abschluss der Fallbearbeitung gespeichert. Spätestens nach diesem Zeitpunkt erfolgt die Löschung der Daten.

11. Information bezüglich der Bereitstellung der personenbezogenen Daten:

Sollten Sie als betroffene Person notwendige Informationen nicht bereitstellen wollen, kann der Leistungsanspruch nach dem SGB XII nicht geprüft werden. Dies hat zur Folge, dass über Ihren Antrag nicht abschließend entschieden werden kann und Ihr Antrag wegen mangelnder Mitwirkung abgelehnt werden muss.

12. Verarbeitung zu anderen Zwecken:

Die personenbezogenen Daten werden für die Statistiken nach §§ 121 ff. SGB XII anonymisiert verwendet. Die Daten dürfen hierfür an die zuständigen Statistikstellen übermittelt werden. Für gerichtliche Verfahren einschließlich Strafverfahren werden personenbezogene Daten unter den Voraussetzungen der §§ 68, 69 SGB X an die Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichte übermittelt.

Sollen Ihre personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck, der bisher nicht genannt wurde, verarbeitet werden, so stellt der Träger der Sozialhilfe entsprechende Informationen zur Verfügung. Sie haben dann im konkreten Fall die Möglichkeit, der Verarbeitung zu widersprechen.

13. Betroffenenrechte:

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der

öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historischen und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit;
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt;
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

14. Beschwerderecht:

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (55116 Mainz, Hintere Bleiche 34, Telefon: 06131 / 2082449, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Stand der Information: 29.01.2021